

## **Beschluss der Bezirksmitgliederversammlung DIE LINKE. Neukölln am 29. Januar 2018**

### **1. „Volksbegehren für gesunde Krankenhäuser“**

Wir unterstützen das Volksbegehren für „Mehr Personal und die Sicherheit der Patienten und Patientinnen im Krankenhaus“ und sammeln Unterschriften für die erste Stufe des Volksbegehrens des Bündnisses.

Bundesweit hat DIE LINKE für „100.000 Pflegekräfte mehr“ Unterschriften gesammelt. Denn durch den neoliberalen Kostendruck und die Fallpauschalen arbeiten immer weniger Krankenschwestern und -Pfleger für eine immer größere Anzahl von Patienten. Darunter leiden die Beschäftigten und die Patientensicherheit. In der Charité haben die Beschäftigten für Mindestpersonalbemessungen erfolgreich gestreikt. Nun können wir auf Berliner Ebene die Kampagne für Mehr Personal im Krankenhaus in die Bevölkerung tragen.

Wir haben als LINKE eigenes Material zum Thema, Aufkleber, Flugblätter und Informationsmaterial gegen das Krankenhaus als Fabrik und die Profitorientierung im Gesundheitswesen und werden eine Diskussions-Veranstaltung zum Thema organisieren. Wir begrüßen, dass die Bundespartei die Kampagne 'Das muss drin sein' unter anderem mit dem Schwerpunkt Pflege und Gesundheit fortführen möchte. Wir wollen das Thema in einer der beiden nächsten BVV Sitzungen (Februar oder März) durch einen Antrag 'die Misere im Bereich Pflege in die BVV' tragen und der Bezirksvorstand wird dieses Anliegen durch eine Kundgebung vor dem Rathaus vor der Sitzung bestärken.

Das Volksbegehren ist eine Möglichkeit für bessere Arbeitsbedingungen und auch für bessere Bezahlung in den Krankenhäusern zu werben, in denen besonders viele Frauen und Migrantinnen zu Niedriglöhnen arbeiten müssen.

### **2. Schulsanierung und Schulneubau**

Wir begrüßen, dass der Senat eine Schulsanierungs- und Neubauoffensive gestartet hat. Wir begrüßen, dass zu diesem Zweck die Haushaltsmittel aufgestockt wurden. Beide Aufgaben müssen aber weiterhin bei den Bezirken verbleiben. Statt der Gründung einer Schulbau-GmbH müssen die finanziellen Mittel und das Personal in den bezirklichen Hochbauämtern massiv aufgestockt werden. Das Land Berlin hat im Jahr 2017 ein Haushaltsüberschuss von 2,16 Mrd. Euro und keinesfalls müssen Gelder durch die GmbH auf dem Kapitalmarkt aufgenommen werden.

DIE LINKE. Neukölln tritt daher in der Öffentlichkeit und gegenüber dem Berliner Landesverband der LINKEN für eine Privatisierungsbremse in der Berliner Verfassung ein, wie sie so ähnlich bereits in der Hansestadt Bremen zu finden ist. Demnach bedarf es für eine Privatisierung von Unternehmen mit Dienstleistungen und Tätigkeitsfeldern für die Allgemeinheit einer Volksentscheidung. Dazu gehören: Verkehrsleistungen oder Leistungen der Abfall- oder Abwasserentsorgung oder der Energie- oder Wasserversorgung oder mit wesentlichen Beiträgen zur wirtschaftlichen, verkehrlichen oder kulturellen Infrastruktur oder welche dazu geeignet sind, die Verwirklichung des Anspruchs auf eine angemessene Wohnung zu fördern oder der allgemeinen Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhäusern dienen.

Eine solche Entscheidung der Berliner Bevölkerung über eine mögliche Veräußerung öffentlichen Eigentums und öffentlicher Daseinsvorsorge sehen wir als mehr als überfällig an.

Der Bezirksverband Neukölln unterstützt Initiativen und Bündnisse, die einen solchen verfassungsändernden Volksentscheid anstreben und fordert den Landesverband auf, sich ebenfalls daran zu beteiligen.

Bereits die Ausgliederung an eine GmbH schwächt die demokratischen Einflussmöglichkeiten, verhindert Transparenz und schafft eine Parallelstruktur zu den Bezirken. Gefährlich ist, dass für einen nachfolgenden Senat weitere Privatisierungsschritte sowie ÖPP-Projekte erheblich erleichtert werden. Deshalb lehnen wir die Gründung einer Schulbau-GmbH ab und unterstützen die von Gemeingut in BürgerInnenhand gestartete Volksinitiative: „Schulen endlich sanieren: Ja! Neue Schulen bauen: Ja! Schulen in öffentlicher Hand: Ja! Übertragung von Schulimmobilien in das Privatrecht: Nein! Gründung von Schul-GmbHs: Nein!“. Gleichzeitig argumentieren wir für die Abschaffung der Schuldenbremse und eine Besteuerung der Reichen.

### **3. Frauenkampftag**

Am Internationalen Frauentag, dem 8. März, rufen wir auf zur Demonstration des Frauenkampftags am 8. März ab 17 Uhr auf dem Hermannplatz auf und wollen eine inhaltliche Veranstaltung zu dem Thema machen.

Dem geplanten sexistischen und rassistischen 'Frauenmarsch' der AfD wollen wir entschieden entgegenzutreten und unterstützen die Gegendemonstrationen.

### **4. AfD stoppen**

Die AfD entwickelt sich weiter nach rechts. Der neofaschistische Flügel um Höcke und Co wird von den Vorsitzenden Gauland und Meuthen protegiert. Wir wollen gemeinsam mit vielen den Aufstieg der AfD stoppen. Dafür braucht es sichtbare Aktionen, Widerstand und Aufklärung gegen die AfD, gegen ihren Rassismus und menschenfeindliche Ideologie und weiterhin auch gegen andere Neonazis, weshalb wir die Proteste gegen den Nazis Aufmarsch „Wir für Deutschland – Gegen Terror auf die Straße am 03.03.2018 unterstützen. Wir rufen auf zu den Aktionen anlässlich der Internationalen Woche gegen Rassismus am 21. März in Rudow und ebenso zu den Protesten von Aufstehen gegen Rassismus und anderen am 17. März in Berlin. Am Festival Offenes Neukölln (ONK) des Bündnis Neukölln beteiligen wir uns als LINKE mit einer Kundgebung mit BündnispartnerInnen auf dem Alfred-Scholz-Platz am 2. Juni 2018. Außerdem weisen wir als LINKE auf den bürgerlichen Rassismus und auf die sozialen Ungerechtigkeiten als Nährboden für die Entstehung der AfD hin.

### **5. Nein zur rassistischen Diskriminierung – nein zum Kopftuchverbot**

DIE LINKE hat sich im Wahlprogramm gegen das Kopftuchverbot im Öffentlichen Dienst positioniert, das insbesondere muslimische Frauen mit Kopftuch von Berufen im Öffentlichen Dienst ausschließt. Dagegen haben viele angehende Lehrerinnen erfolgreich geklagt. Auch das Bundesverfassungsgericht hat das Gesetz in Frage gestellt. Nun machen SPD-PolitikerInnen von Regierungschef Michael Müller über Bildungssenatorin Sandra Scheeres bis hin zu Franziska Giffey und andere Front für die Beibehaltung des Gesetzes. Wir treten für die Abschaffung der Diskriminierung ein. Es ist wichtig dem antimuslimischen Rassismus entgegenzutreten.

### **6. Gegen Aufrüstung der Bundesregierung - Nein zu Trumps Eskalationspolitik in Israel/Palästina**

DIE LINKE wendet sich gegen Aufrüstung, Auslandseinsätze und die vermehrte Rekrutierung von Minderjährigen der Bundeswehr sowie gegen Atomwaffen und wird Aktivitäten der Friedensbewegung weiter unterstützen. DIE LINKE kämpft gegen das Anheben der Rüstungsausgaben der Bundesrepublik auf 2% des Bruttonettoprodukts, was einer Verdoppelung gleichkommt. Die

Bundesrepublik ist von lauter friedlichen Nachbarn umgeben. Wir müssen keinesfalls die Interessen der deutschen Wirtschaft in der Welt mit Waffengewalt vertreten. Nach Aufrüstung droht Krieg!

US-Präsident Trump eskaliert die Politik zwischen Nord- und Südkorea ebenso wie in vielen anderen Teilen der Welt. Seine Entscheidung, die zwischen Israel und Palästinensern geteilte Stadt Jerusalem als Hauptstadt von Israel anzuerkennen, hat Jubel in der israelischen Regierung und Entsetzen weltweit ausgelöst, denn sie setzt auf Spaltung statt Versöhnung. Die US-Regierung zementiert die israelische Besatzung Ostjerusalems und droht damit, den Friedensprozess in der Region endgültig zu beerdigen. Trumps Entscheidung ist ein Bruch des Völkerrechts und zahlreicher UN-Resolutionen, wonach Ostjerusalem die künftige Hauptstadt eines palästinensischen Staates sein soll. DIE LINKE ist gegen die Besatzung Palästinas und gegen deutsche Waffenexporte – auch nach Israel und in den gesamten Nahen, Türkei und Mittleren Osten. Wir unterstützen Proteste gegen die Eskalation des Konflikts in Israel und Palästina und wenden uns gegen die Auffassung, es sei ein religiöser Konflikt zwischen Juden und Muslimen. Es ist ein territorialer, imperialer Konflikt, der bewusst religiös aufgeladen wird. Deshalb begrüßen wir es, dass jüdische Vertreterinnen und Vertreter von Friedensorganisationen die Proteste ebenso unterstützen wie palästinensische Organisationen. Antimuslimischem Rassismus und Antisemitismus muss entschlossen entgegnet werden.

Zum 70. Jahrestag der Vertreibung und Flucht von hunderttausenden Palästinensern im Jahr 1948 wollen wir eine Diskussionsveranstaltung durchführen, die den Fragen nach Gerechtigkeit und Frieden heute nachgeht.

#### **7. Mieter organisieren: Keine Rendite mit der Miete: Organizing in der Gropiusstadt.**

DIE LINKE. Neukölln kämpft zusammen mit betroffenen Mieterinnen und Mietern gegen steigende Mieten und Verdrängung. Im Rahmen eines Organizing-Projekts unterstützt der Bezirksverband die Bewohnerinnen und Bewohner eines Gebäudes in der Gropiusstadt, die aufgrund energetischer Modernisierung bis zu 200 € Mieterhöhung dulden müssten. Die OrganizerInnen haben in Haustürgesprächen den Kontakt zu den AnwohnerInnen aufgebaut, Treffen und Hausversammlungen organisiert und einen Workshop zum Thema „Energetische Sanierung: Was tun gegen steigende Mieten?“ mit u.a. dem Stadtsoziologen Andrej Holm angeboten. Inzwischen hat sich eine Hausgemeinschaft konstituiert, die sich mit einem offenen Brief an die Bezirkspolitik wenden will. Wir rechnen damit, dass die Eigentümergesellschaft dieses Gebäudes in den nächsten Jahren noch weitere Gebäude in der Gropiusstadt sanieren wird. Auch andere Vermieter in der Gropiusstadt wie auch in anderen Stadtteilen nutzen diese oder andere Mittel, um die Miete in die Höhe zu treiben. Der Bezirksverband wird die Erfahrungen aus dem Organizing-Modellprojekt auch in diesen Fällen einsetzen, um eine Gegenmacht gegen die Profitinteressen der Hauseigentümer aufzubauen

#### **8. Das Tempelhofer Feld bleibt unbebaut! Heraus zur großen Mietendemo!**

Berlin braucht bezahlbare Wohnungen - im Bestand und als Neubau. Aber auch Grünflächen, Spielplätze, Jugend- und Senioreneinrichtungen - soziale Infrastruktur. Die BürgerInnen wussten warum das Tempelhofer Feld als Freifläche dauerhaft gesichert werden soll! Müller muss ihr Votum sowie den Übergang des Berliner Baurechts auf DIE LINKE akzeptieren. Wir lehnen weiterhin eine von SPD, Wohnungsbaugesellschaften und Immobilienunternehmern propagierte Bebauung des Tempelhofer Feldes ab. Und wir weisen die Angriffe auf die linke Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen zurück. Was Müller als Bausenator versäumt hat, kann Katrin Lompscher nicht in einem Jahr nachholen. Deshalb Wohnungsbauvorhaben nur im Einverständnis mit den BürgerInnen. DIE LINKE. führt den Kampf um bezahlbares Wohnen nicht gegen AnwohnerInnen, sondern gegen Immobilienspekulanten. Wir rufen auf zur geplanten Mietendemo am Samstag, den 14.04.2018, um gemeinsam mit Mieterinitiativen für eine mieterfreundliche Gesetzgebung zu demonstrieren.